

Beschluss

Der Verkehr der Zukunft: Was lernen wir aus Dieselgate und Neckartor?

Gremium: LDK
 Beschlussdatum: 07.10.2018
 Tagesordnungspunkt: V Sonstige Anträge und Resolutionen

1 **Der Verkehr der Zukunft: Was lernen wir aus** 2 **Dieselgate und Neckartor?**

3 **Ein Plädoyer für die Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs**

4 In über 70 städtischen Gebieten der Bundesrepublik werden die gültigen
 5 Grenzwerte für NO₂ seit Jahren überschritten. Darunter 15 Städte in BW, u.a.
 6 Stuttgart, Freiburg, Tübingen/Reutlingen. Unter der hohen NO₂ Belastung leidet
 7 die Gesundheit von tausenden Menschen in diesen Städten. Neben NO₂ sind Mensch
 8 und Umwelt in städtischen Gebieten zusätzlich noch durch Feinstaub und andere
 9 verkehrsbedingte Emissionen belastet.

10 Gleichzeitig wurde festgestellt, dass die Mehrzahl der PKW-Dieselfahrzeuge nicht
 11 annähernd die Grenzwerte für NO_x einhalten. Im Fall von VW kann man sogar von
 12 Betrug und Konsumententäuschung sprechen. Jahrelang wurden Bürger in dem Glauben
 13 belassen, dass die gekauften Fahrzeug abgasarm sind und den hohen Anforderungen
 14 der Abgasnormen EURO5 und EURO6 entsprechen.

15 Diese beiden Sachverhalte erfordern ein Umsteuern in der Verkehrspolitik und
 16 mutige Schritte, um die Emissionen in Städten auf ein erträgliches Maß zu
 17 reduzieren. Damit die Grenzwerte für Feinstaub PM10 und Stickstoffdioxid (NO₂)
 18 eingehalten werden, müssen alle rechtlich und tatsächlich möglichen Maßnahmen
 19 ergriffen werden, wenn es notwendig ist, auch Verkehrsverbote. Schon seit Jahren
 20 sind Luftreinhaltung und Klimaschutz im Verkehr wesentliche Ziele der
 21 Landesregierung, an deren Umsetzung das grüngeführte Verkehrsministerium
 22 arbeitet. Wir begrüßen deshalb, dass die grün-schwarze Koalition nun ein
 23 ambitioniertes Maßnahmenpaket zur Luftreinhaltung beschlossen hat. Dieses
 24 enthält neben Verkehrsverboten für Dieselfahrzeuge der Euronorm 4/IV weitere
 25 Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von 450 Mio. Euro, um die Luft besser und den
 26 ÖPNV attraktiver zu machen.

27
 28 Wir GRÜNE haben dabei nicht nur die Luftverschmutzung in Stuttgart im Blick,
 29 sondern sorgen für saubere Luft im ganzen Land. Mit dem neuen BW-Tarif wird der
 30 ÖPNV nicht nur attraktiver, sondern auch günstiger. Damit schaffen wir einen
 31 tatsächlichen Anreiz zum Umstieg auf Bus und Bahn. Mit weiteren Mitteln für die
 32 Elektromobilität wollen wir lokal emissionsfreie Mobilität fördern.

33
 34 Doch wir wollen mehr. Daneben müssen verkehrsbedingte CO₂ Emissionen aller
 35 Verkehrsträger drastisch reduziert werden, will man das 2 Grad Klimaziel des
 36 Klimaschutzabkommens von Paris, überhaupt noch in Sichtweite behalten. Hierzu
 37 müssen die Anstrengungen nicht nur auf Landes- sondern auch auf Bundesebene
 38 deutlich erhöht werden. Die Maßnahmen und Anstrengungen der Landesregierung
 39 können die Versäumnisse auf Bundes- und Europaebene nicht ausgleichen. Die
 40 Reduktion der Fahrzeugzahlen in den Innenstädten, die Umstellung auf

41 Elektromobilität und der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs sind dabei wichtige
42 Eckpfeiler eines modernen, grünen Verkehrskonzeptes. Der Vorstoß der
43 Bundesregierung einen kostenlosen Nahverkehr zu erproben geht dabei in die
44 richtige Richtung, ist aber durch die fehlende finanzielle Unterstützung der
45 Städte bei weitem nicht ausreichend.

46

47

48 Für die Durchsetzung der Verkehrswende sind milliardenschwere Investitionen in
49 das Schienensystem und den ÖPNV nötig.

50 Zur nachhaltigen Finanzierung des kommunalen ÖPNV fordern wir von Land und Bund,
51 Ihre finanzielle Unterstützung dauerhaft auszubauen. Des weiteren bitten wir
52 Landtagsfraktion und Landesregierung, die rechtlichen Voraussetzungen für eine
53 Nahverkehrsabgabe zu schaffen, so dass Kommunen und deren Verkehrsbetriebe den
54 ÖPNV ausbauen und zu günstigen Preisen anbieten können, z.B. in Form eines
55 Bürgertickets. Wir begrüßen, dass das Verkehrsministerium mit Kommunen und
56 Landkreisen modellhaft die Auswirkungen verschiedener Modelle einer
57 Nahverkehrsabgabe berechnen wird. Das große Interesse der Kommunen hat gezeigt,
58 dass ein Bedarf und Aufgeschlossenheit für innovative Finanzierungsmodelle im
59 ÖPNV besteht.

60 Zur nachhaltigen Finanzierung des kommunalen ÖPNV fordern wir von Land und Bund,
61 Ihre finanzielle Unterstützung dauerhaft auszubauen. Des weiteren bitten wir
62 Landtagsfraktion und Landesregierung, die rechtlichen Voraussetzungen für eine
63 zweckgebundene kommunale Abgabe, durch eine Klarstellung im
64 Kommunalabgabengesetz KAG zu schaffen, so dass Kommunen und deren
65 Verkehrsbetriebe

66 Damit besonders belastete Städte eine City-Maut erheben können, muss der Bund
67 die rechtlichen Voraussetzungen schaffen. Hierzu bitten wir die Landesregierung
68 auf Bundesebene aktiv zu werden. Die Einnahmen aus der City-Maut müssen in den
69 Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs fließen mit dem Ziel einen dauerhaften
70 Umstieg auf ÖPNV Systeme zu erreichen.

Begründung

Durch die Umsetzung der hier vorgeschlagenene Maßnahmen erwarten wir eine deutliche Erhöhung der Nutzerzahlen für den ÖPNV und dadurch die Senkung der verkehrsverursachten Schadstoffbelastungen und eine deutliche Reduktion des innerstädtischen Verkehrs. Baden-Württemberg, Deutschland und Europa machen damit einen großen Schritt hinzu einem nachhaltigen Verkehrskonzept. Die verringerten Gesundheits- und Klimafolgekosten wiegen dabei die eingesetzten Mittel deutlich auf. Doch vor allem gewinnen wir im Interesse der Bürger eine lebenswerte Stadt und Umwelt zurück.